

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Das deutsch-chinesische Verhältnis im Berichtszeitraum

a) Drei prominente deutsche Delegationen besuchten im Berichtszeitraum die Volksrepublik, und zwar der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, Gerhard Schröder, ferner der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, und eine Delegation des DGB unter Leitung des Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter.

Schröder, der 1972 als Wegbereiter der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der Bundesrepublik tätig geworden war (noch im gleichen Jahr, im Oktober 1972 wurden die offiziellen Beziehungen aufgenommen), erhielt auch diesmal einen großen Auftritt. Unter anderem wurde er vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Xiannian, der offiziellen Nr. 4 in der chinesischen Führung, empfangen. Bei seinem ersten Besuch im Juli 1972 war er sogar mit dem damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai unmittelbar in Gesprächskontakt getreten. Li versicherte seinem deutschen Gast, daß China auch weiterhin beim Wirtschaftsaufbau an der Unterstützung durch die deutsche Industrie interessiert sei. Die gegenwärtige Revision der Planvorhaben werde diese Absicht nicht beeinträchtigen (zum Besuch: NCNA, 7.4.79). Schröder wurde hauptsächlich vom Präsidenten des Chinesischen Instituts für Auswärtige Beziehungen, Hao Dejing, betreut (Hao hatte im Jahre 1978 auch das Institut für Asienkunde besucht). Ferner war Schröder, der drei Jahre lang als Verteidigungsminister der Bundesrepublik fungiert hatte, Gast der chinesischen 6. Artilleriedivision in der Nähe Peking. Schließlich besuchte er noch Urumchi, die Hauptstadt der an die Sowjetunion grenzenden Autonomen Region Xinjiang.

Auch Horst Ehmke war Gast des Instituts für Auswärtige Beziehungen (NCNA, 13.4.79). Auch ihm wurde die Ehre eines Empfangs durch Li Xiannian zuteil, bei dem er den offiziellen deutschen Standpunkt zu Entspannung und Abrüstung darlegte. Während Ehmke hauptsächlich militärische Fragen ansprach, hatte der dritte prominente Gast, Heinz Oskar Vetter, vor allem wirtschafts- und gewerkschaftsbezogene Probleme auf dem Programm. Vetter wurde vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Yu Qiuli, dem Chefplaner der Volksrepublik, empfangen (NCNA, 16.4.79). Gewerkschaftsfragen wurden von Vetter vor allem mit seinem chinesischen Amtskollegen Ni Zhifu erläutert. Man kam zu dem Ergebnis, daß beide Gewerkschaften trotz unterschiedlicher Verhältnisse in deren jeweiligen Ländern Erfahrungen austauschen und auf vielen Gebieten voneinander lernen könnten. Vetter habe die Bereitschaft des DGB betont, langfristige Beziehungen mit dem chinesischen Gewerkschaftsverband anzustreben. Unter

anderem soll das deutsche Mitbestimmungsmodell bei den Chinesen auf lebhaftes Interesse gestoßen sein. Vetter erkannte allerdings, daß es vor allem westliche kommunistische Modelle seien, die für Chinas Praxis maßgebend werden könnten, vor allem die jugoslawischen Erfahrungen. Ein substantielles Interesse des DGB an langfristigen Beziehungen ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß zum DGB ja auch die Bank für Gemeinwirtschaft gehört, die einen Vertreter mit in der Delegation hatte. Die Bank erhofft sich offensichtlich bei künftigen Kreditgeschäften Vorteile.

b) Im Berichtszeitraum kamen auch mehrere chinesische Expertendelegationen in die Bundesrepublik. Eine Delegation informierte sich beim Europäischen Patentamt in München über die Rolle des gewerblichen Eigentums in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie über das in Europa bestehende Schutzsystem und den Aufbau und die Arbeitsmethoden eines Patentamtes. Die zehnköpfige Abordnung wurde von der Kommission für Wissenschaft und Technik gestellt, der die höchsten Lenkungs- und Leitungsfunktionen in wissenschaftlichen Angelegenheiten obliegen.

Eine weitere Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Finanzministers Wang Bingqian interessierte sich für Fragen der deutschen Finanzverwaltung auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sowie des deutschen Steuersystems und des Finanzausgleichs. Auch Steuerthemen standen zur Debatte. Bei der Deutschen Bundesbank lag der Schwerpunkt der Gesprächsthemen auf Fragen der allgemeinen Währungspolitik.

Eine weitere Delegation des Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes war deshalb besonders interessant, weil der frühere "Modellkapitalist" Rong Yiren an ihrer Spitze stand. Die Delegation nahm an der Eröffnung der Hannover-Messe teil und war u. a. damit beauftragt, Verbindungen mit alten Freunden auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet wieder anzuknüpfen.

All diese Besuche und Gegenbesuche veranlaßten die albanische Nachrichtenagentur ATA zu der Bemerkung, daß durch diese Aktivitäten "die Zusammenarbeit zwischen den chinesischen Sozialimperialisten und den westdeutschen Revanchisten" vertieft werde (BPA Ostinfo, 12.4.79).

c) Im Zusammenhang mit der Verkündung des Sommerflugplans des Frankfurter Flughafens wurde auch bekannt, daß ab 3. Mai die chinesische Fluggesellschaft CAAC jeweils donnerstags die Hauptstadt der Volksrepublik China mit Frankfurt verbinden soll. Dieser Dienst, auf dem eine Iljuschin 62 eingesetzt wird, führt über Teheran und Bukarest. Damit ist erstmals eine direkte Flugverbindung zwischen Peking und Frankfurt hergestellt.

Im Berichtszeitraum wurde außerdem bekannt, daß das "Kontaktbüro für die deutsche Wirtschaft", das erstmals für die Kantoner Herbstmesse 1978 eingerichtet worden war, nach einem Beschluß des

Bundeswirtschaftsministeriums auch bei der kommenden Frühjahrsmesse 1979 (15.4.-15.5.79) für Vertreter deutscher Firmen und Wirtschaftsinteressen wieder zur Verfügung stehen werde. Es soll Auskünfte erteilen, Kontakte vermitteln und Bürohilfen verschiedener Art (Kopierdienste etc.) anbieten.

d) Steuerliche Förderung von Investitionen in China: In Zukunft sollen deutsche Investitionen in der Volksrepublik steuerlich gefördert werden. Am 26. April nahm der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat einen entsprechenden Antrag der Länderkammer zum "Entwicklungsländersteuergesetz" an. Beide Häuser müssen jetzt noch zustimmen, bevor das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 1979 in Kraft treten kann. Die Volksrepublik wird also mit anderen Worten in den Katalog jener Länder aufgenommen, in denen deutsche Privatinvestitionen steuerlich gefördert werden. Bisher läßt Peking ausländische Privatinvestitionen jedoch nur unter restriktiven Bedingungen zu (Vergl. die verschiedenen Formen des Production Sharing im vorliegenden Heft, Ü 40).

Welche Aussichten deutsche Einkäufer/Verkäufer und Investoren in China haben, wurde bei einer Pressekonferenz der Deutschen Bank am 23. April 1979 in Frankfurt aus der Sicht der dortigen Großbank angegeben. Bisher hätten vor allem zwei falsche Erwartungen den "Goldgräberrausch" und die überspannten Erwartungen des Auslandes verursacht, nämlich die Größe des chinesischen Marktes und die zahlreichen Offerten aus Peking. Zeitweise sei allein im Geschäft mit der Bundesrepublik über ein Volumen von fast 60 Mrd. Mark gesprochen worden, wobei die geplanten 120 Großprojekte stets im Hintergrund gestanden hätten.

Grundsätzlich halte China zwar an seinem zehnjährigen Entwicklungsplan bis 1985 fest, doch gehe man inzwischen von etwas bescheideneren Perspektiven aus. In einer Modellrechnung der Deutschen Bank, die in jener "China" betitelten Broschüre enthalten ist, wird von einem jährlichen Wachstum des Exports von 10% und des Imports von 15% ausgegangen. Träfen diese Zahlen zu, so würde sich China bis 1985 mit insgesamt 20 Mrd. US\$ verschulden. Im internationalen Vergleich ist dies durchaus tragbar. Das gesamte Investitionsvolumen für den chinesischen Entwicklungsplan bis 1985 wird auf rd. 650 Mrd. US\$ veranschlagt.

Die Schuldendienstquote gegenüber dem Ausland dürfte bei einer Laufzeit der Kredite von acht Jahren (und vier Freijahren) bereits im Jahre 1985 rd. 10% ausmachen.

Ein wichtiges Problem gegenüber der deutschen Wirtschaft ist die passive Bilanz der Volksrepublik im bilateralen Austausch. Allein im Jahr 1978 ist der deutsche Exportüberschuß im Chinahandel bei Ausfuhren im Wert von 2 Mrd. DM von bisher 500 Mio. auf 1,3 Mrd. DM angewachsen. Bisher lieferten die Chinesen im Gegenzug hauptsächlich Konserven, Därme und Bettfedern. Künftig will das Land mehr Kohle, Erdöl, Erze, NE-Metalle, Maschinen und leichtindustrielle Waren verkaufen.

Inzwischen hat die deutsche Industrie, nach Angaben der Deutschen Bank, für rd. 3 Mrd. DM Aufträge fest in der Tasche; über die gleiche Summe wird noch konkret verhandelt. 1978 haben deutsche Unternehmen bei Hermes Anträge auf Deckung von etwa 6 Mrd. DM für Lieferungen nach China gestellt (Bericht der FR und der Welt aus Frankfurt, 24.4.79).

Wissenschaftliche Zusammenarbeit: Zwischen der Ruhr-Universität in Bochum und der Tungji-Universi-

tät in Schanghai soll in Zukunft ein intensiver wissenschaftlicher Austausch erfolgen. Am 20. April unterzeichneten die Rektoren beider Universitäten ein Protokoll, das den Austausch von Wissenschaftlern und Literatur zwischen beiden Anstalten vorsieht. Die Tungji-Universität soll vor allem die Sinologie in der Bundesrepublik fördern.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) Peking kündigt den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion vom 14.2.1950

Der Ständige Ausschuß des V. Nationalen Volkskongresses beschloß bei seiner 7. Sitzung am 3. April 1979, den am 14.2.1950 in Moskau mit der Sowjetunion abgeschlossenen "Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" nicht zu verlängern. In Art. 6 dieses Dokuments hieß es, daß der Vertrag für eine "Zeitdauer von 30 Jahren in kraft bleibt..., falls keine der beiden vertragschließenden Parteien ein Jahr vor Ablauf dieser Frist den Wunsch äußert, den Vertrag zu kündigen". In diesem Falle solle er weitere fünf Jahre in kraft bleiben.

Die vom Ständigen Ausschuß des NVK beschlossene Kündigung wurde durch Außenminister Huang Hua dem sowjetischen Botschafter Scherbakov übermittelt. Der Vertrag sei so häufig - und zwar ohne Verschulden der chinesischen Seite - verletzt worden, daß er nur noch auf dem Papier stehe.

Die Kündigung solle aber die Aufrechterhaltung und weitere Entwicklung normaler staatlicher Beziehungen auf der Basis der fünf Koexistenzprinzipien nicht verhindern. Die sowjetische Regierung möge mit der chinesischen Regierung Verhandlungen aufnehmen über noch ungelöste Fragen und über die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern (NCNA, 3.4.79). Der Vertrag, der noch zu Stalins Lebzeiten ausgehandelt wurde, umfaßt sechs Artikel (Art. 1: Gemeinsame Verhinderung einer neuen Aggression durch Japan oder durch irgendeinen anderen Staat und weltweite Friedenssicherung; Art. 2: Anpeilung eines Friedensvertrags mit Japan; Art. 3: Kein Beitritt zu Bündnissen, die gegen den Vertragspartner gerichtet sind; Art. 4: Gegenseitige Konsultationen in allen wichtigen internationalen Fragen; Art. 5: Gegenseitige wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit; Art. 6: Inkrafttreten und Kündigung). Der Freundschaftsvertrag bildete zusammen mit anderen Abkommen vom selben Tag (über die Rückgabe von Port Arthur und Dairen sowie die beiden mandschurischen Eisenbahnen, über die Gewährung eines sowjetischen Kredits, über die entschuldigungslose Rückgabe ehemaligen japanischen Eigentums in der Mandschurei an China) ein Paket, das im gemeinsamen Kommuniqué vom 14. Februar auch als solches bezeichnet wurde. Am selben Tag stellten "beide Regierungen fest, daß der unabhängige Status der Mongolischen Volksrepublik infolge der Volksabstimmung von 1945 und der inzwischen mit der Volksrepublik China angeknüpften diplomatischen Beziehungen völlig gewährleistet ist". Ist dieses Anerkenntnis, das die Chinesen nur schweren Herzens abgegeben haben, nunmehr hinfällig geworden, nachdem auch für die anderen Verträge die Geschäftsgrundlage entfallen ist?

In einem Kommentar zur Vertragskündigung führte Xinhua (NCNA, 16.4.79) nähere Gründe an: In den Anfangsjahren habe der Vertrag ganz gewiß eine "wichtige und positive Rolle bei der Verteidigung der Sicherheit beider Länder, bei der Anknüpfung der Freundschaft zwischen beiden Völkern, beim Aufbau und bei der Friedenserhaltung in Fernost sowie in der übrigen Welt gespielt". Dann aber sei die Sowjetunion immer mehr von Geist und Buchstaben der Abmachungen abgewichen. Außerdem habe sich die internationale Szenerie grundlegend verwandelt.

Im einzelnen werden fünf Gründe angeführt:

- Hauptziel des Vertrags sei die Verhinderung einer Wiederkehr des japanischen Imperialismus gewesen. 1956 habe die Sowjetunion jedoch mit Tokio diplomatische Beziehungen aufgenommen. China sei diesem Beispiel im September 1972 gefolgt und habe außerdem im August 1978 mit Japan einen Vertrag über Frieden und Freundschaft geschlossen.
- Ferner habe die "Führungselite in Moskau" den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verraten und sei zu einer "sozialimperialistischen Macht degeneriert". Dieses Verhalten entspreche nicht mehr dem Geist des Vertrags von 1950.
- Ferner habe die Sowjetunion Anfang der sechziger Jahre einseitig und überraschend sämtliche Experten aus China zurückgezogen. Das wirtschaftliche Hilfsversprechen sei damit hinfällig geworden.
- Des Weiteren habe die Sowjetunion, entgegen dem Vertrag, militärische Bündnisse gegen die VR China geschlossen, z.B. mit der Mongolischen Volksrepublik sowie - im November 1978 - mit der SR Vietnam.
- Schließlich habe die Sowjetunion schon zu einer Zeit, da der Vertrag wenigstens partiell noch gute Dienste leistete, die VR China stets dann allein gelassen, wenn es ernst wurde. Als die chinesischen Volksfreiwilligen beispielsweise im Koreakrieg "ihr Blut opferten", habe sich die Sowjetunion darauf beschränkt, Waffen bereitzustellen - und auch dies keinesfalls gratis. Vielmehr sei den Chinesen später noch die Rückzahlung der Waffen zugemutet worden.

Auch von einer Heilung dieser Verstöße könne nicht die Rede sein. 1969 seien die beiden Ministerpräsidenten in Peking zwar zu der Vereinbarung gekommen, daß der Status quo an den beiderseitigen Grenzen beibehalten, daß jeglicher bewaffneter Konflikt vermieden werden und die Streitmacht beider Seiten jeweils von der Grenze zurückgezogen werden solle. Ganz in Übereinstimmung mit dieser Grundsatzabmachung habe die chinesische Seite einen Vertragsentwurf über die Aufrechterhaltung des Status quo an den Grenzen vorgelegt, der sowohl die wichtigsten Punkte des sowjetischen Entwurfs über die Nichtanwendung von Waffen aus dem Jahre 1969 als auch aus dem Vertrag über gegenseitigen Nichtangriff aus dem Jahre 1973 enthält. Obwohl inzwischen zehn Jahre vergangen seien, habe die Sowjetunion keine Bereitschaft erkennen lassen, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Warum solle man nach alledem noch an einem Vertragswerk festhalten, das jeden Sinn verloren habe?

Die sowjetische Regierung gab am 4. April 1979 folgende Erklärung zur Vertragsauflösung: Die einseitige Aktion Pekings lasse sich in keiner Weise mit den wiederholt vorgebrachten Erklärungen in Einklang bringen, mit der Sowjetunion normale zwi-

schenstaatliche Beziehungen zu unterhalten. Die UdSSR habe sich allzeit an das Vertragswerk gehalten. "Sowjetische Militäreinheiten, die auf Ersuchen der VR China nach dort entsandt wurden, schützten das Land vor feindlichen Luftangriffen. Die Existenz des sowjetisch-chinesischen Vertrags von 1950 spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Verhinderung einer direkten imperialistischen Aggression gegen die VR China in der Zeit des Koreakriegs von 1950-1953 und auch während der sogenannten 'Taiwan-Krise' von 1958." Auch beim Aufbau der chinesischen Industrie sowie bei der Suche und Verarbeitung von Bodenschätzen habe die UdSSR stets geholfen. Überdies sei Pekings Verhalten unlogisch: "Als die chinesische Regierung 1971 den Vorschlag der Sowjetunion, einen Vertrag über die Nichtanwendung von Gewalt zu schließen, und 1973 das Angebot der UdSSR, einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen, ablehnte, sagte sie, für derartige Verträge bestünde angeblich keine Notwendigkeit, da es ja den Freundschafts-Bündnis- und Beistandsvertrag zwischen der UdSSR und der VR China gebe."

Der Grund für die Beendigung des Vertrags seien die zunehmende "Degenerierung des politischen Kurses der chinesischen Führung" sowie ihre zunehmenden "Großmacht- und Hegemoniebestrebungen".

Unabhängig davon empfinde die Sowjetunion einen "tiefen Respekt vor dem chinesischen Volk" (dasselbe hatten die Chinesen umgekehrt gegenüber dem sowjetischen Volk erklärt) (TASS, engl., in BPA/Ostinfo, 5.4.79, China - UdSSR, S.1 f.).

Am 17. April überreichte der sowjetische Außenminister Gromyko dem Botschafter der VR China in Moskau eine Note, in der auch die sowjetische Regierung ein Interesse an Verhandlungen bekundete. Damit wurde insgesamt zum vierten Mal Gesprächsbereitschaft von Seiten Moskaus signalisiert:

- 1971 bereits hatte die UdSSR vorgeschlagen, einen Vertrag über Gewaltverzicht zu unterzeichnen.
- 1973 war von ihrer Seite ein Nichtangriffsvertrag angeregt worden.
- Am 24. Februar 1978 schlug das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR dem Ständigen Ausschuß des chinesischen Nationalen Volkskongresses vor, daß beide Länder über die Prinzipien ihrer gegenseitigen Beziehungen eine gemeinsame Erklärung abgeben sollten. Diese Erklärung solle die Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der beiderseitigen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des Gewaltverzichts mitumfassen.
- Auch jetzt sei die sowjetische Regierung zu Verhandlungen bereit; sie erwarte jedoch von der chinesischen Seite konkrete Vorstellungen über den Gegenstand und die Ziele einer eventuellen Verhandlung.

Hierauf hat eigentlich bereits der oben zitierte Xinhua-Artikel vom 16. April 1979 Antwort gegeben: Gegenstand seien die im September 1969 zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Zhou Enlai und Ministerpräsident Kossygin angesprochenen Punkte: Auseinanderrücken der Truppen beider Staaten an der Grenze, vorläufige Anerkennung des Status quo und sodann Verhandlungen über die territorialen Fragen.

Eine solche Thematisierung setzt wiederum voraus, daß die Sowjetunion überhaupt die Existenz einer territorialen Frage anerkennt.

Während Moskau im großen und ganzen immer noch auf seinen Vorschlag von 1978 hinauswill, ge-

meinsame Erklärungen über die bilateralen Beziehungen abzugeben, verlangt Peking also einen Schritt, der von Moskau bisher noch immer abgelehnt worden ist. Vermutlich werden die Ansätze zu einer Großbereinigung der beiderseitigen Probleme also auch diesmal im Sande stecken bleiben.

Auf Nebengeleisen freilich sind, wie die Verhandlungen über die Schifffahrt auf den Grenzgewässern beweisen, bereits kleinere Einigungserfolge möglich. Auch im technologischen und wirtschaftlichen Bereich kann man miteinander sprechen.

Solange freilich die politischen Auseinandersetzungen im großen Stile weitergehen, sind grundsätzlichere Vereinbarungen kaum zu erwarten. Nach wie vor gilt ja die Sowjetunion in Peking als Feind Nummer Eins, gegen den antisowjetische Fronten auf der ganzen Welt aufzubauen sind.

(3) **Besserung der Regierungsbeziehungen zu Albanien**

Ende April erklärte die chinesische Regierung, daß sie den Botschafterposten in Tirana wiederbesetzen wolle. Xinhua (NCNA, 29.4.79) meldet, daß der chinesische Botschafter in Albanien, Wen Ning, beim Präsidium der albanischen Volksversammlung erneut akkreditiert worden sei.

Zur gegenseitigen Entfremdung und zum Rückzug der Botschafter war es 1978 gekommen, als die albanische Arbeiterpartei schweres Geschütz gegen die ideologischen Positionen Pekings, vor allem gegen die Drei-Welten-Theorie, aufnahm. Im Juli 1978 hatte China daraufhin seine gesamte Wirtschafts- und Militärhilfe an Albanien eingestellt.

Inzwischen begegnet man sich wenigstens auf Staatsebene wieder höflicher. U.a. sandte der chinesische Staatsrat am 19. April an den Ministerrat in Albanien ein Beileidstelegramm anlässlich schwerer Erdbeben im Mittelmeerstaat (SWB, 24.4.79).

Allerdings wird es in Zukunft wohl keine Parteibeziehungen mehr zwischen beiden Führungen geben. Bester Beweis dafür ist das Vorwort des albanischen Parteisekretärs Enver Hoxha zu seinem im März 1979 auf deutsch erschienen Buch "Imperialismus und Revolution". Die heutige schwankende Haltung Chinas, so schreibt Hoxha, lasse sich im Grund auf die Ideen Mao Zedongs zurückführen, die eine "Theorie ohne alle Merkmale des Marxismus-Leninismus" seien. Die Chinesen, die anfangs auf die Albaner "gut und kameradschaftlich" gewirkt hätten, seien immer schon als "Rätsel" empfunden worden. Die Verabsolutierung der Rolle der Bauernschaft bei der Revolution, die "arithmetisch" gefaßten ideologischen Formeln, die Kulturrevolution und andere Phänomene hätten in Albanien zunächst Erstaunen ausgelöst, man habe sich aber zunächst höflich und schweigend verhalten.

Heute sei man zu der Erkenntnis gekommen, daß der chinesische Irrweg wohl mit der Vernachlässigung der Rolle der Arbeiterschaft zusammenhänge. Die Ideen Maos stellten eine "Spielart des Revisionismus" dar. Die Partei erhalte nicht die ihr zukommende Rolle; die Armee stehe über Partei und Staat. Das Proletariat komme nicht als Vorhut und Träger der Revolution zum Tragen. Besonders abwegig sei die "Drei-Welten-Theorie", die anstelle des weltweiten Klassenkampfes die "Klassenversöhnung" stelle. Letztlich erkläre sich die "kompromißlerische Haltung" der Chinesen gegenüber den Verhältnissen der

sogenannten "Dritten Welt" nur aus dem Wunsch, so rasch wie möglich eine Supermacht zu werden.

NORDAMERIKA

(4) **Stellungnahme zum Abschluß von SALT II**

Xinhua (NCNA, 1.5.79) betont erneut das chinesische Mißtrauen gegen den SALT II-Abschluß. Daß es sich hier um eine Art "Papiertiger" handle, sei vor allem aus drei Gründen ersichtlich: Die beiden Vertragspartner, USA und Sowjetunion, hätten weltweit gegensätzliche Interessen; die massive Militäraufrüstung der Sowjetunion bedeute eine ständige Bedrohung der USA, und schließlich könnten die Amerikaner den Sowjets nie und nimmer trauen.

Dessenungeachtet will China den Amerikanern bei der Überwachung von SALT II Hilfestellungen leisten. Beim Besuch amerikanischer Kongreßmitglieder in Peking Anfang April offerierte Deng Xiaoping den USA angeblich Standorte in der Volksrepublik für neue US-Horchposten, die vor allem die im Iran entstandenen Horchlücken ersetzen könnten.

LATEINAMERIKA

(5) **Weiterer Ausbau der Beziehungen zu Chile**

Eine chilenische Handelsdelegation unter der Leitung des Wirtschaftsministers Basquez traf am 9. April zu einem Besuch in Peking ein und führte Gespräche mit dem chinesischen Ministerium für Außenhandel über den bilateralen Außenhandelsaustausch. Der Minister wurde auf dem Flughafen von seinem Kollegen Li Qiang empfangen (NCNA, 9.4.79).

Beide Seiten vereinbarten auch, künftig bei der Erforschung und dem Abbau der Bodenschätze im chilenischen Teil der Antarktis zusammenzuarbeiten. Auch wollten sich beide Seiten finanzielle Handelsvergünstigungen gewähren. Der Abschluß eines konkreten Vertrags ist erst beim Gegenbesuch einer chinesischen Abordnung in Santiago vorgesehen. Die sowjetische Presse beschuldigte Peking in diesem Zusammenhang, das Pinochet-Regime zu seinem "Trojanischen Pferd in Lateinamerika" zu machen. China stütze die wankende Wirtschaftskraft Chiles durch Käufe von Kupfer, Salpeter und Eisen - von Rohstoffen, die es für seine Rüstungsindustrie brauche. Der Chef der faschistischen Junta, Pinochet, beabsichtige, sich persönlich nach China zu begeben, während Hua Guofeng bereits eine Einladung nach Chile erhalten hat (Nowosti in BPA/Ostinfo, 19.4.79).

AFRIKA UND NAHOST

(6) **Die Erhöhung des Ölpreises führt zu einem "vernünftigen Ausgleich"**

Unter Hinweis auf die 53. Ministerkonferenz der

OPEC-Staaten, die vor kurzem beschloß, ab 1. April 1979 den Exportpreis für Rohöl um 9% bis auf 14,5 US\$ pro Barrel zu erhöhen, meint ein chinesischer Kommentator (BRu, 1979, Nr.5, S.24 f), daß es sich hier um eine durchaus "angemessene" Maßnahme handle: Seit 1974 hätten die erdölexportierenden Länder den Preis für Rohöl nicht oder kaum erhöht, während die Preise für Industrieprodukte, Maschinen und Anlagen aus den westlichen Industriestaaten immerzu gestiegen seien. Außerdem hätten die OPEC-Staaten durch die häufige Abwertung des US-Dollars Verluste erlitten. Im übrigen sei die Marge aus der 9%igen Ölpreiserhöhung durch die OPEC-Staaten niedriger als die derzeitigen Ölpreise auf dem Weltmarkt, die zwischen 20 und 30 US\$ pro Barrel schwankten.

Bezeichnenderweise vermeidet der Kommentar - ganz im Gegensatz zur Terminologie des Jahres 1973 - den Ausdruck "Ölwaffe".

(7) **Unterstützt China die regierungsfeindlichen Aufstände in Afghanistan?**

Die sowjetische Presse begann Anfang April mit Anschuldigungen an die Adresse der VR China, sie unterstütze regierungsfeindliche Umtriebe in Afghanistan. Peking habe schon kurz nach der April-Revolution von 1978, durch die das Taraki-Regime an die Macht kam, eine regierungsfeindliche Zusammenarbeit sowohl mit äußeren als auch mit inneren Feinden des demokratischen Afghanistan entfaltet, die auf Untergrabung der neuen Ordnung, auf Entstabilisierung der Lage im Lande und auf Aktivierung regierungsfeindlicher illegaler Gruppen gerichtet sei. Peking bediene sich bei seiner Subversion des "illegalen volksfeindlichen Abschaums", vor allem der nach Peking hin ausgerichteten Gruppierung "Shoalee Jawid" und der reaktionären nationalistischen Organisation Setame Meli. Peking unterstütze auch noch weitere reaktionäre Gruppierungen, so z.B. die sogenannten "Moslem-Brüder", und habe schon heute einen "gemeinsamen regierungsfeindlichen Block zustande gebracht". Peking versorge die Banden mit chinesischen Waffen, und chinesische Instrukteure bildeten die Aufständischen aus (Nowosti in BPA/Ostinfo, 4.4.79).

Besonders bedenklich seien die Übergriffe in den östlichen und südöstlichen Provinzen des Landes, d.h. in den Bezirken entlang der afghanisch-pakistanischen Grenze. Chinesische Waffen würden vor allem über die neue Karakorum-Straße herangeführt, die Pakistan mit China auf dem Weg über den Himalaya verbindet. Diese Fernstraße mündet in jene Trasse ein, die von den Chinesen über das "seit 1962 besetzte indische Aksay-Chin-Gebiet gebaut wurde". Mit Hilfe der Karakorum-Straße könne China schnell Truppenkontingente und Waffen an die afghanische, aber auch an die indische Grenze bringen. Nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Indien stiftete Peking seit neuestem wieder Unruhen. U.a. hätten chinesische Instrukteure Sabotagetrupps für Operationen in dem indischen Staat Jammu/Kashmir ausgebildet (TASS, 23.4.79; BPA/Ostinfo, 24.4.79).

Den Chinesen gehe es nicht zuletzt auch darum, die fruchtbare sowjetisch-afghanische Zusammenarbeit zu unterbinden. Mit Beistand der Sowjetunion würden in Afghanistan z.Z. mehr als 100 landwirtschaftliche, industrielle und kulturelle Objekte gebaut.

Am 24. März 1979 nahm die Pekingener Volkszeitung (RMRB) zu den sowjetischen Anschuldigungen Stellung und bezeichnete sie als "Phantasterei". China selbst habe mit den regierungsfeindlichen Umtrieben überhaupt nichts zu tun. Soweit die pakistanische Regierung 35.000 afghanische Flüchtlinge aufgenommen hat, sei dies aus humanitären Gründen geschehen und habe nichts mit "Konterrevolution" oder dergleichen zu tun.

(8) **Unschlüssigkeit in der Beurteilung der Auseinandersetzungen zwischen Ägypten und den 18 Staaten von Bagdad**

Am 26. März unterzeichneten Israel und Ägypten ihren Friedensvertrag, und am 19. April gab das ägyptische Volk ein positives Referendum zu diesem Vertrag.

Schon vorher, nämlich vom 27. bis 31. März, hatten die Vertreter von 18 arabischen Staaten in Bagdad beschlossen, die diplomatischen Beziehungen mit Ägypten abzubrechen, jegliche Hilfe an Ägypten einzustellen, Ägypten ferner aus der Arabischen Liga auszuschließen und das Generalsekretariat der Liga zeitweise von Kairo nach Tunis zu verlegen.

Peking, das immer schon dafür plädierte, die Mittelost-Fragen durch ein Zusammengehen aller arabischer Staaten zu lösen, weiß nun nicht so recht, wie es die neue Situation beurteilen soll: Auf der einen Seite möchte es optimale Beziehungen zu den 18 Staaten unterhalten, von denen einige (Saudiarabien und einige Golfstaaten) allerdings noch diplomatische Beziehungen mit Taiwan pflegen.

Andererseits scheinen die Sympathien bei Ägypten zu liegen. Zumindest werden alle Pluspunkte für Sadats Politik sorgfältig zusammengetragen: Das "ägyptische Volk" sei für den Friedensvertrag eingetreten; der Friedensvertrag stelle im übrigen nur einen "ersten Schritt" Sadats auf dem Weg zu einer allseitigen Lösung der Mittelost-Frage dar (NCNA, 20.4.79). Schließlich sei es zu scharfen Differenzen bei den Teilnehmern der Bagdad-Konferenz gekommen (NCNA, 29.4.79). Im übrigen gehörten zu den 18 Teilnehmern an der Bagdad-Konferenz auch Staaten, die von der Sowjetunion und der DDR militärisch unterstützt würden, vor allem Libyen (NCNA, 4.4.79).

(9) **Neubewertung des Iran**

Am 30. und 31. März stimmten 18 der insgesamt 35 Millionen Iraner über die Abschaffung der Monarchie und die Gründung einer islamischen Republik ab. Xinhua (NCNA, 2. und 4.4.79) nahm dieses Ereignis zum Anlaß, um mehrere Kommentare über die neue Republik zu bringen.

Hatte die Pekingener Presse das Schah-Regime nach dem Iran-Besuch Hua Guofengs im Jahre 1978 noch positiv beurteilt, so überwiegt jetzt die Kritik. Die 53jährige Herrschaft der Monarchie Pahlevi habe mit ihrer "weißen Revolution" (Bodenreform, Konfiskation von überschüssigem Land und Vermögen der Grundbesitzer und der Moscheen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, westliche Liberalisierung und Industrialisierung) nicht den Reformanliegen des Volkes entsprochen, sondern den Interessen gewisser politischer, sozialer und religiöser Kreise gedient.

Auch hätten die drastischen Anstiege der Einnahmen aus Ölexporten (jährlich ungefähr 20 Mrd.\$) zwar

enormen Aufwind in die Volkswirtschaft gebracht; doch habe der kleine Mann davon nur wenig zu spüren bekommen. Büroangestellte, Arbeiter und das Dienstpersonal hätten oft kaum genug zum Leben gehabt, zumal die Preise für Nahrungsmittel in den letzten vier Jahren um ca. 146% angestiegen seien. Die Politik des Schah habe auch die religiösen Gefühle der Iraner verletzt, die zu 95% schiitische Moslems sind.

Wie verschieden die einzelnen Parteien und Gruppierungen auch immer gewesen seien, in einem Punkt hätten sie alle übereingestimmt: Sie seien Gegner der Monarchie gewesen.

Der Schah habe dem gemeinsamen Kampf des Volkes schließlich nicht mehr widerstehen können und am 16. Januar 1979 das Land verlassen, woraufhin der Schiitenführer Khomeini am 1. Februar in den Iran zurückgekehrt sei.

Für die Unruhen im Iran seien aber nicht nur innere Ursachen maßgebend gewesen, sondern auch die Rivalität der beiden Supermächte, die mit allen Mitteln "im Iran mitmischen" wollten. Washington habe sich bei diesem Kräftemessen in der Defensive, Moskau dagegen in der Offensive befunden: Die Sowjetunion habe mit dem Iran eine gemeinsame Grenze von 1.800 km und träume davon, die Kontrolle über den Nachbarstaat und über den Persischen Golf zu gewinnen. Die USA dagegen hätten der sowjetischen Expansion nach Süden einen Riegel vorschieben, die Ölrouen des Westens sichern und vor allem die Ölimporte aus dem Iran (ungefähr 10% der gesamten Ölimporte der USA) sicherstellen wollen.

Die neue Regierung wünsche demgegenüber eine blockfreie und neutrale Politik zu verfolgen. Sie sei aus dem CENTO-Pakt ausgetreten und habe ihre Bereitschaft erklärt, sich der Blockfreien-Bewegung anzuschließen. Gleichzeitig sei man vom "US-Imperialismus" und vom "Zionismus" abgerückt (Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel), habe sich aus Südafrika zurückgezogen und auch der Sowjetunion als einer "andersgearteten Kolonialmacht" einen Riegel vorgeschoben.

China ist an einer Verbindung der Kräfte in Mittelost gegen den wachsenden Sowjeteinfluß in der Region interessiert. Die CENTO, vor allem das pakistanisch-iranische Bündnis im Rahmen dieser Verteidigungsorganisation, und die Rolle des Schah als eines Polizisten in der Golfregion hatte gut ins chinesische Konzept gepaßt. Die jetzige Konstellation verursacht den chinesischen Außenpolitikern offensichtlich Kopfzerbrechen. Man wartet einstweilen ab.

(10) Sympathie für die Kurden

Am 27. März akzeptierten die kurdischen Führer den Plan der Iranischen Provisorischen Regierung, Kurdistan - einer Provinz im westlichen Iran - die begrenzte Autonomie zu gewähren, nachdem es am 18. März in Sanandaj, der Hauptstadt Kurdistans, zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Kurden und Regierungstreitkräften gekommen war. Ein chinesischer Kommentator (BRu 1979, Nr.14, S.29) berichtet positiv über die Ernennung eines kurdischen Führers (Ibrahim Yunessi) zum Generalgouverneur von Kurdistan. Die Vertreterin der drei Millionen Kurden (85% davon Sunniten) habe die Autonomie innerhalb eines einheitlichen und demokratischen iranischen Staates gefordert.

Gleichzeitig übt ein Xinhua-Kommentator (NCNA, 28.4.79) scharfe Kritik an der sowjetischen

Politik, die kurdischen Probleme auszunutzen. Zähle man alle Kurden in Westasien zusammen, so komme man auf rund 23 Millionen Menschen, die in der Türkei, im Iran, im Irak, in Syrien und in der Sowjetunion lebten. Schon seit den frühen fünfziger Jahren habe die Sowjetunion systematisch kurdische "Unabhängigkeitsbewegungen" unterstützt und damit eine Politik fortgesetzt, die bereits die alten Zaren betrieben hätten. Nach chinesischer Ansicht plant die Sowjetunion, eine Kurdische Sozialistische Republik zu errichten, die aus Staaten besteht, die vom Iran, dem Irak und der Türkei abgetrennt werden sollen.

Peking sympathisiert m.a.W. für "Autonomie-lösungen" des Kurdenproblems innerhalb der einzelnen Staaten, nicht aber für einen durch separatistische Abspaltungen entstandenen selbständigen Kurdenstaat. Nicht explizit, wohl aber implizit weist Peking dabei auf das Modell der Minoritätenpolitik hin, wie es innerhalb der chinesischen Volksrepublik betrieben wird.

(11) China sympathisiert bei der tansanisch-ugandischen Auseinandersetzung mit Tansania

Einer der Staaten, mit denen China in Afrika seit Jahren am besten zusammenarbeitet, ist Tansania. Kein Wunder, daß Peking den Sieg der tansanischen Truppen in Uganda mit Sympathie betrachtet, zumal Idi Amin zuletzt noch mit dem sowjetfreundlichen Libyen und der Sowjetunion eng zusammengearbeitet hatte. Ausführlich wird über das neue provisorische Regime von Yusuf Lule als Präsident berichtet (NCNA, 13.4.79; SWB, 25.4.79).

ASIEN

(12) Kampuchea zwischen Niedergeschlagenheit und neuen Hoffnungen

a) Dokumente zur Unterwerfung Kampuchees
Während des 27-Tage-Kriegs eroberten die chinesischen Truppen zwei Dokumente des Operationsplans der vietnamesischen Armee für den Einfall in Kampuchea:

Das eine Dokument ist eine Kopie eines Schriftstücks vom 17. Januar 1979 aus dem Archiv einer Einheit des 1. Militärbezirks der vietnamesischen Armee. Die Überschrift lautet: "Über den Sieg im südwestlichen Grenzkrieg und bei der Vernichtung der reaktionären kampucheanischen Clique". Im Detail werden dort die Einzelaktionen gegen Kampuchea beschrieben, die bis zur Eroberung der Insel Wai im Jahre 1975 zurückreichen (vgl. Landkarte in C.a., Februar 1978, S.40). Im Dokument heißt es u.a., daß bei der 4. Plenartagung des ZK der KP Vietnams beschlossen worden sei, den "US-Imperialismus als langfristigen und Hauptfeind, China und Kampuchea dagegen als unmittelbare Feinde und direkte Gegner" zu betrachten. "Nach der Annahme der Resolution" (im Juni und Juli 1978), heißt es im Dokument weiter, "entschied das ZK, politisch und militärisch schnellstens einen Sieg an der Südwestgrenze zu erringen. Dies ist die Hauptaufgabe, das A und O."

Das zweite Dokument ist ein Protokoll zur

Sitzung des Militärhauptquartiers der Provinz Cao Bang vom 15. Januar 1979 und trägt die Überschrift "Sieg über Kampuchea". Ihm war auch eine Kartenskizze mit den Vormarschrouten beige-schwarz. U.a. findet sich in dem Schriftstück eine detaillierte Beschreibung des Aufmarsches der vietnamesischen Armee gegen Kampuchea. Der Angriff wurde vorge-tragen von drei Armeen, elf Divisionen und vierzehn Regimentern, einer Brigade, einer Kriegsflotte und einem Schlachtschiffverband. Der Angriff erfolgte auf sieben Routen entlang der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze von Norden bis Süden, zu Land und zu Wasser. Ausführlich wird über die Schlagkraft aller sieben Verbände berichtet. Im gesamten Operations- und Aufmarschplan sind die militärischen Kräfte der EFKNR mit keinem einzigen Wort erwähnt. Schon daraus geht hervor, daß die militärischen Aufgaben der Eroberung Kampuchreas fast ausschließlich von den vietnamesischen Truppen bewerkstelligt wurde (NCNA, 30.4.79).

b) Neue Hoffnungen für Kampuchea?

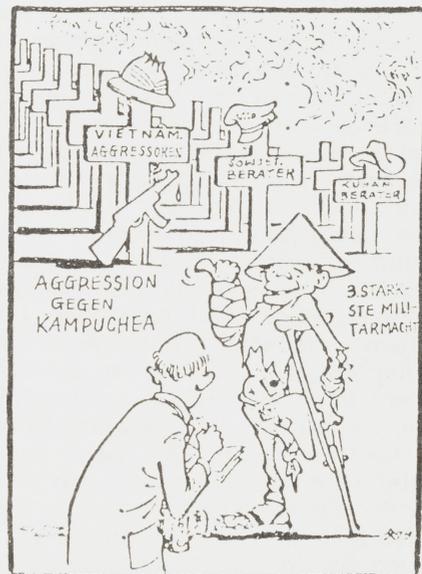
Drei Aspekte sind es vor allem, die den kampucheanischen Widerstand neue Hoffnung schöpfen lassen.

- Da ist - nach Aussagen Sihanouks und des in Hongkong erscheinenden Magazins "Asia Week" - eine neue Guerillaarmee von rund 2.000 Anhängern, die von In Tam, dem früheren Premierminister des Lon-Nol-Regimes, an der Thailandgrenze aufgebaut wird und die im Begriff steht, sich mit Pol Pots Streitkräften zu einer Anti-EFKNR-Front zu formieren. Sihanouk zitierte in diesem Zusammenhang den chinesischen stellvertretenden Außenminister Han Nianlong, der bei den Verhandlungen mit Vietnam in Hanoi die chinesische Delegation führt. Die unter In Tam stehenden Khmer Serei (dies sind Streitkräfte, die früher schon gegen das Sihanouk-Regime gekämpft hatten), seien am Anfang vom CIA unterstützt worden. In der Zwischenzeit sei China bereit, ihnen den Rücken zu stärken, da sie einen neuen Lichtblick eröffneten. Während der Khmer-Neujahrs-party in Peking, die Sihanouk für ausländische Gäste veranstaltet hatte, hatte der Prinz allerdings gegenüber dem Korrespondenten der Asia Week, Anthony Paul, darauf hingewiesen, daß diese 2.000 Kämpfer noch lange nicht ausreichten, um die rund 150.000 vietnamesischen Soldaten in Kampuchea auszuschalten. China plane deshalb einen zweiten Bestrafungszug, um auf diese Weise zahlreiche vietnamesische Divisionen zum Abzug aus Kampuchea zu veranlassen.

Der Prinz wies - optimistisch gestimmt - darauf hin, daß fast sämtliche Flüchtlinge außerhalb von Kampuchea wünschten, er möge erneut Oberhaupt des kampucheanischen Staates werden. Sollte es eines Tages zu allgemeinen Wahlen in einem wieder souverän gewordenen Kampuchea kommen, so wolle er, Sihanouk, an der Spitze einer "Nationalistischen Neutralistischen Partei" kandidieren und dabei ein Programm verfolgen, das weder sozialistisch noch kommunistisch, sondern ausschließlich nationalistic eingefärbt sei. Er würde sämtliche politischen Parteien im Parlament zusammenbringen, unter Ein-schluß von Pol Pot, Ieng Sary, Heng Samrin (dem Oberhaupt des EFKNR), Lon Nol, Son Ngoc Thanh (dem alten "rechten" Feind Sihanouks schon aus den fünfziger und sechziger Jahren) und Cheng Heng, einem früheren Lon-Nol-Anhänger, der inzwischen "sihanoukistisch" geworden sei (AFP in SWB, 24.4.79).

- Was die VR China anbelangt, so schätzt sie die gegenwärtig in Kampuchea stationierten vietnamesi-

schen Truppen auf rund 100.000 Mann (Radio Peking, SWB, 18.4.79, aus Anlaß des 4. Jahrestags der Gründung des Demokratischen Kampuchea). Bestehen überhaupt Chancen, dieser gewaltigen Übermacht entgegenzutreten? Vor allem im Westen und Nord-westen des Landes konzentrierten die Khmer-Partisaneneinheiten z.Zt. ihre Angriffe auf zwei Landstraßen, wodurch die vietnamesischen Aggressoren gezwungen wurden, ihre Truppen aus der Luft zu versorgen. Die sowjetische Luftwaffe habe vietnamesische Truppen nach Battambang (der Hauptstadt der westlichen Reisprovinz) und Siem Reap (dem Hauptzugangsort zu den Angkor-Ruinen) transportiert. Doch die Zeit arbeite gegen die Vietnamesen: Sobald in Kampuchea die Regenzeit beginne - und dies sei vor allem ab Juli der Fall - würden die Vietnamesen in Schwierigkeiten geraten. Vietnam stoße in Kampuchea bald auf die gleichen Schwierigkeiten wie früher die amerikanische Streitmacht in Vietnam. Langfristig gesehen müßten die Vietnamesen im Meer des Volkskrieges ertrinken (NCNA, 3.4.79). Für Vietnam gebe es überhaupt nur einen einzigen Ausweg, nämlich den vollständigen Rückzug all seiner Aggressionstruppen aus Kampuchea (vgl. nebenstehende Karikatur).



"Brillante Kriegserfolge"

Von Zheng Wenzhong in BRu 1979, Nr.15

- Eine weitere Erleichterung der Lage in Kampuchea erhofft sich Sihanouk langfristig von einer neuen Indochina-Konferenz, wie der Prinz sie bereits am 19. März bei einer Pressekonferenz in Peking vorgeschlagen hat. Der Verhandlungsweg sei dem kriegerischen Weg vorzuziehen. An der Indochinakonferenz sollten China, die Sowjetunion und die drei indochinesischen Staaten, ferner Großbritannien, Frankreich und die fünf Mitglieder des ASEAN-Bündnisses teilnehmen. Friede in Kampuchea könne nur eintreten, wenn sich die Hauptgegner im Streit um dieses Land einigten, nämlich China, Vietnam und die Sowjetunion.

Der Plan ist zur Zeit wenig aussichtsreich, da zumindest Moskau und Hanoi sich weigern, über Kampuchea und Laos Verhandlungen zu führen. Ihrer Sprachregelung nach haben dort ja autochthone

Regimes aus eigenen Kräften die Macht ergriffen. Wie könne man sich da von außen her einmischen? Dieser Argumentation bediente sich vor allem der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong, der zugab, daß sich vietnamesische Truppen auf kampucheanischem Boden befinden, daß sie dorthin aber aufgrund des zwischen Hanoi und Phnom Penh geschlossenen Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit vom 18. Februar 1979 entsandt worden seien (NCNA, 29.3.79). Xinhua (ebenda) weist demgegenüber auf die "nackte Realität" hin, daß zur Zeit über 100.000 vietnamesische Aggressoren in Kampuchea stünden. Ferner kämen in Phnom Penh drei vietnamesische Berater auf einen kampucheanischen Beamten und zehn vietnamesische Soldaten auf einen kampucheanischen. Der von Pham Van Dong zitierte Vertrag sei keine gesetzliche Grundlage, sondern ein Fetzen Papier: Wie könne ein "Vertrag" zwischen dem Drahtzieher und seinen Marionetten "legitim" sein?

Ungeachtet solcher Proteste weist Radio Hanoi (23.3.79 in SWB, 27.3.79) darauf hin, daß jedermann, der den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea fordere, sich unzulässigerweise in innere Angelegenheiten des vietnamesischen und des kampucheanischen Staates einmische.

Dagegen RMRB (24.3.79): "Vietnam hat in Kampuchea am 25. Dezember 1978 eine Invasion gestartet, hat Phnom Penh am 7. Januar besetzt, am 28. Januar ein Marionettenregime eingerichtet und am 18. Februar einen Vertrag mit diesem Marionettenregime unterzeichnet. Wie absurd ist es doch unter diesen Umständen, zu behaupten, daß die Invasion vom letzten Dezember auf einem Vertrag beruht, der im Februar dieses Jahres unterzeichnet wurde!"

c) Beide Seiten beschuldigen sich im übrigen der Unterstützung ihrer jeweiligen Partei:

- Die Chinesen weisen darauf hin, daß die Sowjetunion auf dem Luftwege an die Vietnamesen Treibstoff und Munition geliefert habe. Die Treibstoffe würden in Bombay getankt. Im übrigen sei der Hafen von Haiphong voll mit sowjetischen Schiffen (SWB, 28.3.79). Der Hafen von Haiphong sei bereits unter vollständiger Kontrolle der Sowjetunion (NCNA, 23.3.79). Auch der Hafen Kompong Som (früher Sihanoukville) wird möglicherweise ein "Hafen der Freundschaft" - d.h. sowjetisch besetzt.

- Umgekehrt weisen die Vietnamesen auf die Unterstützung des Pol-Pot-Regimes durch China hin. U.a. sei auch eine Anzahl von chinesischen Militärberatern beim Sturz des Pol-Pot-Regimes gefangen genommen worden (SWB, 28.3.79). Diese Behauptung wurde von der chinesischen Botschaft in Bangkok zurückgewiesen (SWB, 28.3.79).

Chinesische Waffenlieferungen gehen nach Ausführungen Sihanouks vom 19. März 1979, allen Dementis Bangkoks zum Trotz, über Thailand.

- Gegen falsche chinesische Anschuldigungen wendet sich auch die Regierung in Havanna: Es stimme einfach nicht, daß auf kampucheanischem Boden kubanische Truppen anwesend seien (Radio Havanna, SWB, 28.3.79).

- In der "Stimme des Demokratischen Kampuchea", einem Radiosender, der von den Pol-Pot-Anhängern mit chinesischer Unterstützung betrieben wird, werden in einer Sendung vom 1. März die Folgen der vietnamesischen Invasion gegen Kampuchea aufgezählt. Vier solcher Konsequenzen seien zu nennen, nämlich (1.) die Vietnamesen hätten beim Versuch, Kampuchea zu "verschlucken", schwere Verluste hinnehmen müssen; (2.) sie seien überall in der Welt in

Verruf gekommen, und viele Länder hätten die Hilfe an Vietnam eingestellt; (3.) die vietnamesische Führungsclique habe es nun zuhause mit noch größeren Schwierigkeiten zu tun, und (4.) die Vietnamesen hätten letztlich auch den chinesischen Gegenangriff auf Vietnam ausgelöst (SWB, 7.3.79).

(13) Weitere Verschärfung im chinesisch-laotischen Verhältnis

Am 5. April verließen die letzten der insgesamt 497 früher in Laos tätig gewesenen chinesischen Ingenieure und Techniker das wegen der "verschärften antichinesischen Aktivitäten" ungastlich gewordene Laos. Die chinesischen Ingenieure hatten vor allem an der Straße von Nam Bak nach Luang Prabang mitgewirkt (NCNA, 9.4.79). Anfang März hatte Laos die chinesischen Entwicklungshelfer aufgefordert, das Land zu verlassen (Ausführlich hierzu: Oskar Weggel, "China und Laos: Vor dem Scherbenhaufen einer jahrelangen Partnerschaft", C.a., März 1979, S.191-218.).

Vientiane ist inzwischen dazu übergegangen, die Chinesen der Aggression zu beschuldigen: Peking habe seine Truppen an der Nordgrenze des Landes auf 50.000 Mann verstärkt, sei in einer Tiefe von 1-2 km auf laotisches Territorium vorgedrungen und habe auf einer Breite von bis zu 10 km eine Invasionsfront aufgebaut. Dies zumindest teilte der laotische Minister für Propaganda, Information, Kultur und Tourismus, Sisana Sisane, einem Korrespondenten der Akahata (Organ der KP Japans, Rote Fahne) mit, der Vientiane einen Besuch abgestattet hatte. Neben diesem Angriff von außen versuchten es die "Expansionisten in Peking" auch mit subversiven Aktivitäten in Laos, wobei sie sich vor allem der nationalen Minoritäten bedienten, um Instabilität zu erzeugen. Aus reaktionären Flüchtlingen bildeten sie auf chinesischem Gebiet subversive Banden aus und schickten sie in die laotischen Grenzgebiete. Sie seien sogar so weit gegangen, eine sogenannte "Regierung des Freien Königreiches Laos" aufzustellen (TASS, 16.4.; in BPA Ostinfo, 17.4.79). In die gleiche Kerbe schlug auch der frühere Ministerpräsident Souvanna Phouma, der ebenfalls davon sprach, daß die Chinesen fünf Divisionen entlang der laotischen Grenze aufgestellt hätten. Immer schon habe China mit seinem Straßenbau expansionistische Ziele verfolgt. Als die chinesischen Helfer beispielsweise an ihrer Straße beschäftigt waren, führten sie das Projekt auf Dien Bien Phu zu, statt Richtung Süden zu arbeiten. Er, Souvanna Phouma, habe die Chinesen bereits in den Jahren 1973 und 1974 warnend aufgefordert, sich an die laotischen Vorstellungen zu halten. Schon damals habe man sehen können, daß China für den Fall eines Krieges mit Vietnam vorgesorgt habe, um seine Logistik für die westliche Flanke aufzubauen (Radio Vientiane, 27.3.79; in SWB, 3.4.79).

Was einen eventuellen Angriff Chinas auf Laos anbelange, so sei das 3-Mio.-Volk der Laoten vorbereitet. Vor allem die Bevölkerung und die Streitkräfte in den laotischen Provinzen von Nam Tha, Oudomsay und Phongsaly, hätten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, alle subversiven Pläne der chinesischen Expansionisten zu vereiteln und die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes zu bewahren.

Die chinesische Propaganda weist demgegenüber darauf hin, daß in Laos bereits jetzt 50.000 vietnamesische Soldaten stationiert seien und daß die Umsied-

lungsaktion von Vietnamesen nach Laos voll im Gange sei. Vietnam kontrolliere die laotischen Regierungsbeamten und setze sie nach Belieben ein oder ab. Jedes laotische Dorf werde von zwei oder drei Vietnamesen kontrolliert.

(14) Protest gegen Bhuttos Hinrichtung

Obwohl die VR China seit Jahren die Islamische Republik Pakistan zu ihren engsten außenpolitischen Verbündeten in Asien rechnet, hat sie es sich nicht nehmen lassen, zunächst einmal bei der Militärregierung um Schonung für den ehemaligen Präsidenten Bhutto einzukommen und sodann - nach dessen Hinrichtung am 4. April 1979 - gegen diesen Akt zu protestieren. Die "Erhängung sei mit gewaltigen Protestdemonstrationen in ganz Pakistan beantwortet" worden. Am 4. April hätten mehr als 800 Menschen im Zentrum von Rawalpindi demonstriert. Am 5. April seien viele Menschen auf die Straßen gegangen und hätten für Bhutto gebetet. Mehr als 5.000 Menschen nahmen in Rawalpindi und weitere 5.000 in Lahore sowie 12.000 in Faisalabad an den Zeremonien teil (BRu 1979, Nr.15, S.25, 30).

Am 9. April gab ein Sprecher der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums die Erklärung ab, daß "Herr Bhutto ein alter Freund des chinesischen Volkes war, der viel getan hat, um die chinesisch-pakistanische Freundschaft zu fördern. Chinesische Führer unternahmen mehrmals Bemühungen, um für ihn Gnade zu erwirken. Wir bedauern zutiefst seine Hinrichtung" (NCNA, 9.4.79).

Trotz der atmosphärischen Störungen scheinen aber die normalen Beziehungen weiterzulaufen. Am 21. April kam es beispielsweise zur Unterzeichnung eines Handelsprotokolls zwischen beiden Regierungen für das kommende Jahr. Beide Seiten hätten ihre Genugtuung über den wachsenden Handel zwischen beiden Ländern ausgedrückt (NCNA, 21.4.79).

(15) Verhandlungen zwischen China und Vietnam

China hatte bereits in der Rechtfertigungserklärung für den "Gegenangriff zwecks Verteidigung" auf Vietnam ein Verhandlungsangebot unterbreitet, das später mehrmals wiederholt, von den Vietnamesen aber immer wieder - und zwar auch nach dem offiziellen Rückzug aller chinesischen Truppen - mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß Hanoi so lange nicht verhandlungsbereit sei, als noch chinesische Soldaten auf vietnamesischem Territorium stünden.

Überraschend erklärte sich Vietnam dann schließlich doch bereit, sich auf Gespräche einzulassen, obwohl es von einer immer noch andauernden Präsenz an verschiedenen Plätzen innerhalb Vietnams sprach, die manchmal mit zehn und dann wieder mit dreißig "Punkten und Gebieten" angegeben wurden.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Verhandlungsrunden statt, nämlich am 18. und am 26. April.

Die vietnamesischen Vorstellungen wurden am 18. April in einem "3-Punkte-Vorschlag", die chinesischen Gegenvorstellungen am 26. April in Form eines "8-Punkte-Vorschlags" präsentiert.

Der 3-Punkte-Vorschlag Vietnams lautet:

1. Vordringliche Maßnahmen mit dem Ziel, den Frieden und die Sicherheit in den Grenzgebieten

wiederherzustellen und die schnelle Rückkehr der während des Kriegs gefangengenommenen Soldaten zu erreichen. Zu diesem Zweck sollen beide Seiten

- auf die Massierung von Truppen in Grenznähe verzichten und sich jeweils auf eine Entfernung von 3-5 km jenseits der "effektiven Kontrolllinie", wie sie bis zum 17. Februar 1979 bestanden hat, zurückziehen;
- Einstellung aller kriegerischen Maßnahmen;
- Einrichtung einer entmilitarisierten Zone in den von Militärs geräumten Gebieten beiderseits der Grenzen;
- Listenaustausch über die Gefangenen;
- Bildung einer gemischten Kommission beider Seiten für die Überwachung und die Kontrolle der Durchführung der oben erwähnten Maßnahmen.

2. Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (Vietnam sieht in China also keinen sozialistischen Staat mehr, da der "proletarische Internationalismus" mit keinem Wort erwähnt wird). Ferner sollten die Verbindungen auf dem Gebiet des Eisenbahn-, des zivilen Luftfahrt-, des Post- und des Fernmeldewesens wiederaufgenommen und auch die Frage der Kriegsfolgen diskutiert werden.

3. Regelung der Grenz- und Territorialprobleme zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der zwischen der chinesischen Qing-Dynastie und der französischen Kolonialregierung in den Jahren 1887 und 1895 vereinbarten Grenzkonventionen.

Die acht "prinzipiellen Vorschläge" Pekings lauten:

- Wiederherstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern;
- keine der beiden Seiten soll im Indochinaraum oder in anderen Teilen der Welt Hegemonie anstreben, und beide werden auch dem Bestreben eines dritten Landes, eine solche Hegemonie zu errichten, entgegentreten; schließlich soll keine der beiden Seiten Truppen im Ausland stationieren (China nimmt hier den Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag zwischen Vietnam und der Sowjetunion vom November 1978 sowie die Besetzung von laotischem und kambodschanischem Territorium durch vietnamesische Truppen aufs Korn.);
- Beilegung der Grenzstreitigkeiten;
- gegenseitige Respektierung der 12-Seemeilen-Hoheitsgewässer;
- Anerkennung der Souveränität Chinas über die Paracel- und Spratly-Inseln (Nansha und Xisha) durch Vietnam;
- Schutz der Interessen und Rechte der Staatsbürger der anderen Seite im jeweiligen Land und Gewährleistung ihrer Sicherheit (angesprochen ist hier die Frage der in Vietnam lebenden Auslandschinesen);
- Vietnam soll ferner die 200.000 nach China vertriebenen/geflüchteten Staatsbürger repatriieren;
- Wiederherstellung des Bahnverkehrs und anderer Verbindungen zwischen beiden Ländern.

Beide Seiten warfen sich vor, mit ihren Vorschlägen jeweils am Kern des Problems vorbeizuzielen.

Vietnam benutzte die ersten beiden Verhandlungsrunden als Forum zur Anklage gegen die "Aggression des expansionistischen und hegemonistischen" Kurses Pekings.

Zu ersten konkreten Ergebnissen sollte es erst am 11. Mai 1979 kommen, als Peking zusagte, 1.600 vietnamesische Gefangene freizulassen, woraufhin auch Hanoi die Freilassung der 210 (manchmal wird auch von 240 gesprochen) chinesischen Kriegsgefangenen ankündigte.

Einzelheiten zu der "antagonistischen" Verhandlungsweise der beiden Delegationen, vor allem aber zum vietnamesischen Rechtsstandpunkt hinsichtlich der gemeinsamen Grenzen folgen in einem ausführlichen "Thema" des nächsten C.a.-Heftes.

(16) Chinesische und vietnamesische Verluste während des 27-Tage-Kriegs

Am 2. Mai gab der stellvertretende Generalstabschef der chinesischen VBA, General Wu Xiuquan, während eines Treffens mit Vertretern des Französischen Instituts für höhere Studien auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung bekannt, daß China den Vietnamesen Verluste von 50.000 Mann - verglichen mit Verlusten von eigenen 20.000 Mann - zugefügt habe. Insgesamt hätten rund 200.000 chinesische Soldaten im Kampf gegen rund 100.000 Vietnamesen gestanden (AFP-Bericht vom 2.5.79 in SWB, 4.5.79). (Hanoi spricht demgegenüber von 500-600.000 Angreifern)

Legt man die alte Faustregel aus dem Zweiten Weltkrieg zugrunde, daß auf vier Verwundete ein Toter kommt, so wären auf vietnamesischer Seite 10.000 Tote und 40.000 Verwundete und auf chinesischer Seite rund 4.000 Tote und 16.000 Verwundete zu verzeichnen.

Bei den chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen wurde am 11. Mai 1979 bekannt, daß China 1.600 Vietnamesen, die vietnamesische Seite dagegen 210 chinesische Soldaten (manchmal heißt es auch 240) gefangen genommen habe.

Noch eine weitere Erkenntnis brachte die Auseinandersetzung: General Wu betonte, daß man aufgrund der Praxis zu der Erkenntnis gekommen sei, daß die chinesische Bewaffnung rund 15 Jahre hinter der westlichen zurückliege. Durch eine Zusammenarbeit mit dem Westen könne diese Lücke jedoch in wesentlich kürzerer Zeit ausgeglichen werden.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(17) Zum 30. Geburtstag der NATO

Anlässlich des 30. Gründungstages der NATO (4.4.1949) brachte Xinhua (NCNA, 4.4.79) einen skeptischen Kommentar, der unter der Überschrift steht: "Kann die NATO die sowjetischen Herausforderungen bestehen?" Die NATO habe zwar bei einer Gipfelkonferenz im Mai 1978 ein 15jähriges, pro Jahr um real 3% Militärausgaben steigendes Verteidigungsprogramm herausgebracht, und auch die Herbstmanöver der NATO im Jahr 1978 hätten den beachtlichen

Rüstungsstand des Verteidigungsbündnisses erwiesen. Doch werde Europa heute durch neue Gefahren bedroht: Die Südflanke der NATO, von der Türkei über Griechenland bis Portugal, sei schwach. Der Rückzug des Iran und Pakistans aus dem CENTO-Pakt habe ein Weiteres getan, um die NATO an ihrer Südostflanke verwundbar zu machen. Die Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos gegen die Türkei könne hier nur bedingt abhelfen.

Gefährlich seien auch die "Grauzonenwaffen", die nicht in die SALT-Gespräche mit eingeschlossen sind, die aber bei der Diskussion über die MBFR im Zentrum stehen. Hier handele es sich hauptsächlich um die sowjetische SS-20 Mittelstreckenrakete und um die mit Überschallgeschwindigkeit fliegenden Backfire-Bomber der Sowjetunion. Beide machten Westeuropa an jeder Stelle verwundbar. Beide Waffensysteme hätten auch die Kräftebalance in Europa in den letzten zwei Jahren fundamental zu Ungunsten der NATO verändert.

Hinzu komme, daß die sowjetische Globalstrategie zur Zeit hauptsächlich an den Flanken Europas ansetze, nämlich in Mittelost, im Roten Meer, an der Golfregion und in Afrika. Gelänge es den Sowjets, die wichtigeren Wasserstraßen und Öllieferanten abzusperren, so wäre die Sicherheit der NATO in Europa ernsthaft gefährdet. Müsse die NATO in Zukunft nicht noch stärker über ihre bisherige Region hinauswirken?

Immerhin, eines sei tröstlich: Auch die sowjetischen Streitkräfte hätten ihre Schwächen, nämlich überdehnte Frontlinien, nur beschränkte Abwehrbereitschaft gegen Raketen, die von U-Booten aus abgefeuert werden, und schwache Logistiksysteme.

Die mobilen Mittelstreckenraketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen (SS-20) und die Backfire-Bomber standen auch im Mittelpunkt einer weiteren Analyse (BRu, 1979, Nr.15, S.21-24, 31), die ein Peking Beobachter zur Bedrohung Westeuropas anstellte. Der deutsche Kanzler habe schon seit Mitte 1977 wiederholt seine Besorgnis darüber geäußert, daß die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetische SS-20 "untragbar geworden" sei. Doch Herbert Wehner habe dem entgegengehalten, daß der sowjetische Militäraufbau in Europa seinem Charakter nach rein defensiv sei.

Diese Defensiv-Behauptung sei jedoch unhaltbar. Man betrachte doch nur folgende Zahlen: 58 Divisionen der Sowjetunion und der anderen Länder des Warschauer Pakts in Mitteleuropa stünden nur 28 Divisionen des Westens gegenüber. Die Länder des Warschauer Pakts verfügten ferner in Mitteleuropa über 19.000 Panzer und 2.800 Kampfflugzeuge (Westen: 6.500 bzw. 1.750). Ferner seien in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion weitere rund 8.500 Panzer und 1.100 Kampfflugzeuge stationiert. Schließlich bedrohten 260 Angriffs-U-Boote die Seewege zwischen Europa und Amerika - gar nicht zu reden von den SS-20 und den Backfire-Bombern, die das Kräftegleichgewicht in Europa ohnehin grundlegend verändert hätten.

Die gegenwärtige NATO-Strategie, die als eine Strategie des sogenannten "flexiblen Gegenschlags" in Form eines dreistufigen Antwortsystems (konventionell, taktisch - nuklear und strategisch -, nuklear) entworfen sei, könnte einem potentiellen Angriff des Warschauer Pakts mit konventionellen Mitteln - also auf Stufe 1 - schon heute nicht mehr wirksam standhalten und sei gezwungen, gleich zu Stufe 2 (Einsatz taktischer Kernwaffen) überzugehen... Damit aber

würde das Startsignal für den Einsatz der sowjetischen SS-20 gegeben, mit der ganz Westdeutschland zerstört werden könnte, während die taktischen Kernwaffen der NATO umgekehrt nicht imstande seien, die Sowjetunion überhaupt nur zu erreichen. Im Falle einer Zerstörung Deutschlands würden Großbritannien und Frankreich oder gar die USA wohl kaum das Risiko eingehen, ihre strategischen Kernwaffen einzusetzen, um die sowjetischen SS-20 zu zerstören.

Die Sowjetunion habe die SALT-Gespräche zu einer weiteren Stärkung ihrer eigenen militärischen Position ausgenutzt. Bei den SALT-II-Gesprächen in Wien habe es Moskau verstanden, die Gespräche auf solche Kernwaffensysteme zu beschränken, die für die Sowjetunion und die USA selbst gefährlich werden können, während die gegen Westeuropa gerichteten MIRV-Raketen (Raketen mit einzelnen lenkbaren Mehrfachsprengköpfen) und die Backfire-Bomber, die ganz Westeuropa einbeziehen, nicht Verhandlungsgegenstand wurden. Ferner forderte Moskau eine Beschränkung der Reichweite der amerikanischen "Cruise-Missiles", die noch in Westeuropa stationiert sind, auf 600 km.

Bei den Verhandlungen über einen beiderseitigen Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR) habe die Sowjetunion andererseits alle Register gezogen, um ihr Übergewicht sicherzustellen. Sie habe gefordert, die Truppenstärken beider Seiten, die derzeit ja durch eine Übermacht des Warschauer Pakts gekennzeichnet sind, prozentual gleich abzubauen. Das Übergewicht der sowjetischen Truppen bliebe mit anderen Worten auch nach Beendigung der SALT- und MBFR-Gespräche gewahrt!

(18) Zwei chinesische Nationale Olympische Komitees im IOC - das kleine - und vorläufige - Wunder von Montevideo

Am 5. April 1979 beschloß das Internationale Olympische Komitee (IOC) in der Hauptstadt von Uruguay, Montevideo, das "Olympische Komitee der Volksrepublik China (Peking)" als Mitglied aufzunehmen, gleichzeitig aber die Mitgliedschaft des "Olympischen Komitees von Taiwan (Taipei)" unangetastet zu lassen. Dieser Doppelbeschluß wurde mit 36:28 Stimmen gefaßt. Weiterhin hieß es, daß die Fragen der Namensbezeichnung, der Hymnen, der Flaggen und der Statuten so schnell wie möglich geklärt und abschließend entschieden werden sollen.

Der chinesische Vertreter, Song Zhong, erklärte zwar schon kurz nach dem Beschluß, daß die Entscheidung "in der vorliegenden Form für uns unannehmbar ist"; und in der Tat widerspricht sie ja der von Peking immer schon verfochtenen Politik, daß es nur ein China gebe und daß die Führung in Peking der berechnete Vertreter des ganzen chinesischen Volkes sei.

Trotzdem war der Vertreter Pekings zurückhaltend genug, nicht alle Brücken abzurechen. Es scheint also noch Manövrierraum für eine nähere Ausgestaltung der Modalitäten zu bestehen.

Die Frage, ob das NOK der VR China nun de jure oder de facto das 135. Mitglied des IOC geworden ist, läßt sich angesichts der weichen Haltung Pekings, das die Wahl bisher weder eindeutig angenommen noch abgelehnt hat, nicht klar beantworten. Fest steht, daß man sich in Peking offensichtlich noch eine Denkpause gönnen will. Die VR kann sich hierfür zumindest bis zur nächsten IOC-Tagung in Lake Placid im

Februar 1980 Zeit lassen.

Obwohl also die Würfel noch längst nicht gefallen sind, gibt man sich im IOC optimistisch. Willi Daume, der deutsche NOK-Präsident, meinte sogar, man habe ein "kleines Loch in die Große Mauer" geschlagen.

Bisher ist auch noch nicht ganz sicher, ob das chinesische NOK eine Olympia-Mannschaft bereits im Jahre 1980 zu den Spielen nach Moskau entsenden wird. Deng Xiaoping soll jedoch in einem Interview in Zusammenhang mit dem IOC-Beschluß erklärt haben, daß sein Land ein grundsätzliches Interesse an einer solchen Entsendung habe.

Darüber hinaus gibt es Gerüchte, daß die Volksrepublik die Olympischen Spiele bereits im Jahre 1988 austragen möchte. Möglicherweise ist Chinas vorsichtige Reaktion auf den IOC-Beschluß u.a. darauf zurückzuführen, daß man sich in diesen beiden Aspekten (Teilnahme in Moskau und Austragung der Spiele im Jahre 1988) nicht von vornherein alle Chancen verderben will.

Schwierigkeiten in der Zwei-China-Frage gibt es freilich nicht nur von seiten Pekings, sondern auch von seiten Taipeis. Die Vertreter des NOK Taiwan weigern sich, mit Peking direkte Verhandlungen zu führen. Einen Ausweg hierfür allerdings würde der schriftliche Weg bieten.

Abschließend eine kleine Chronologie der chinesischen IOC-Beteiligung (nach FAZ und FR, 9.4.79).

- 1922: Dr. Wang Zheding tritt als Vertreter Chinas dem IOC bei und gehört ihm bis 1957 an.
- 1932: China entsendet einen Olympia-Teilnehmer nach Los Angeles.
- 1936: Chinas Olympia-Mannschaft in Berlin besteht aus 54 Athleten.
- 1950: Nach Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 verlegt das chinesische NOK, das von Guomindang-Anhängern beherrscht wird, seinen Sitz von Peking nach Schanghai und dann nach Nanjing.
- 1951: Von 25 chinesischen Sportführern gehen 19 nach Taipei. Das NOK nimmt dort seinen Sitz.
- 1952: An den Olympischen Spielen in Helsinki nehmen 32 Männer und 2 Frauen aus der VR China teil, obwohl die Volksrepublik selbst kein NOK besitzt. Sportler aus Taiwan fehlen in Helsinki.
- 1954: Das NOK der Volksrepublik China wird vom IOC auf der Sitzung in Athen anerkannt.
- 1956: Die "Republik China" (Taiwan) nimmt an den Olympischen Spielen von Melbourne teil. Dies ist der Grund, warum die Volksrepublik keine Sportler dorthin entsendet.
- 1958: Das NOK der VR China löst sich auf und tritt am 25. August aus dem IOC aus. Das chinesische IOC-Mitglied Dong Shuyi, 1947 berufen, legt sein Amt nieder.
- 1959: Das NOK von Taiwan soll auf Geheiß des IOC den Namen "China" aus dem Titel streichen, weigert sich aber.
- 1960: Das IOC verlangt erneut die Namensänderung. Bei den Olympischen Spielen in Rom marschieren Taiwans Athleten nur unter Protest hinter dem Schild "Formosa" bei der Eröffnungsfeier ins Stadion.
- 1963: Die VR China unterstützt massiv die antiolympische Bewegung der hauptsächlich vom Indonesien Sukarnos aufgebauten "Ganefo", der "Organisation für die Spiele der aufstrebenden Kräfte" ("Games of New Established Forces").
- 1964: Taiwan startet in Tokio unter der Bezeichnung "Republic of China".

- 1967: Die Ganefo löst sich - im Anschluß an den Umsturz in Indonesien 1965 - wieder auf.
- 1970: Henry Xu (Hsü), ein Vertreter Taiwans, wird IOC-Mitglied.
- 1971: Die UNO anerkennt die VR China und schließt Taiwan aus (26. Oktober).
- 1975: Die VR China verlangt olympische Wiederanerkennung unter gleichzeitigem Ausschluß Taiwans.
- 1977: IOC-Präsident Lord Killanin in China.
- 1978: Die IOC-Mitglieder Lance Cross (Neuseeland) und Alexandru Siperco (Rumänien) in Peking.
- 1979: Generalsekretär Song Zhong vom NOK der VR China verlangt in Lausanne die Wiederanerkennung seines Verbandes. Taiwan soll seine Sportler unter dem NOK der VR China starten lassen (Antrag vom 10. März). Am 7. April 1979 erkennt das IOC auf der 81. Sitzung in Montevideo/Uruguay das NOK der VR China wieder an, weigert sich aber gleichzeitig, Taiwan vom IOC auszuschließen. Die VR China lehnt dies vorläufig als unannehmbar ab.

Schon wenige Tage nach dem Beschluß von Montevideo machte die Volksrepublik bei einer weiteren Sportentscheidung ihren Ein-China-Standpunkt erneut deutlich. Xinhua (NCNA, 29.4.79) berichtete aus Dakar, daß die International Amateur Athletic Federation (IAAF) beschlossen habe, daß die Athleten-Vereinigung der Volksrepublik Chinas einziger Vertreter in der IAAF sei und daß die Sportorganisation Taiwans nicht mehr anerkannt werde.

INNENPOLITIK

(19) **Erweiterte Tagung des Zentralkomitees der KPCh: Festhalten an Mao und Festschreibung von "Vier grundlegenden Prinzipien"**

Nur etwas über drei bzw. vier Monate nach seiner Arbeitstagung (November 1978) und nach der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees (Dezember 1978) trat nach Angaben der kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Anfang April zu einer erweiterten Tagung erneut zusammen (Lu Zhongjian, "Kunrao Zhonggong de da nan ti" (Große, schwerwiegende Probleme, die der KPCh Kopfzerbrechen bereiten) in: Zhengming, Nr.19 (1.5.79), S.5). Themen dieser Tagung waren offensichtlich die erheblichen ökonomischen und politischen Probleme, denen sich die chinesische Führung gegenübersteht. Auf ökonomischem Gebiet betrafen die Beschlüsse dieser Tagung wahrscheinlich die Herabsetzung von Planziffern, die Verlagerung der Investitionsschwerpunkte und die Zurückstellung einer großen Anzahl von Investbau-Projekten. Angaben des genannten Artikels zufolge beschloß das Zentralkomitee, diese Neuorientierung des Wirtschaftsaufbaus innerhalb von drei Jahren abzuschließen (ders., op. cit., S.6).

Auf politischem Gebiet wurde anscheinend u.a. der Beschluß gefaßt, eine sich in den letzten Monaten abzeichnende mehr oder weniger offene Entmaoisierung unter allen Umständen zu vermeiden und "an den Mao-Zedong-Ideen festzuhalten" (wie es in dem Leitartikel der Renmin Ribao vom 11.4.1979 seit längerem einmal wieder hieß). Die erneute ideologische

Hinwendung zu Mao war bereits in der "Bekanntmachung des Revolutionskomitees der Stadt Peking" über die Einschränkung der demokratischen Bewegung vollzogen worden, derzufolge es strengstens verboten ist, die "Mao-Zedong-Ideen" anzugreifen (C.a., März 1979, Ü 17). Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge soll der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping einen Tag später, am 30.3.79, in einer zweieinhalbstündigen Rede vor 5.000 Zuhörern ausgeführt haben, daß die KPCh weiterhin an den Lehren des früheren Parteivorsitzenden Mao Zedong festhalten werde (nach: AP, 12.4.79). Ein augenfälliger Hinweis für die vom Zentralkomitee beschlossene erneute ideologische Anlehnung an Mao sind die zahlreichen Mao-Zitate, die seit Anfang April wieder in den chinesischen Massenmedien zu finden sind.

Die erweiterte Tagung des Zentralkomitees der KPCh verabschiedete darüber hinaus offensichtlich jene seit Anfang April von den chinesischen Massenmedien propagierten "Vier grundlegenden Prinzipien" (si xiang jiben yuanze - "Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festhalten"), die anscheinend die ideologisch-politischen Rahmenbedingungen abgeben sollen für die zukünftigen politischen Aktivitäten aller chinesischen Staatsbürger (siehe Radio Schanghai, 22.4.79, nach: SWB, 28.4.79). So wurde in Radio Schanghai die Ansicht vertreten, daß die Befolgung der "Vier grundlegenden Prinzipien" die Voraussetzung für die Förderung von Demokratie und die "Befreiung des Geistes" darstellt (ebenda). Einstimmig wurde in den chinesischen Massenmedien hervorgehoben, daß das Festhalten an diesen Prinzipien die Voraussetzung sei für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen", der Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche (RMRB, 19.4.79; Beijing Ribao, 19.4.79, nach: SWB, 28.4.79; Radio Jilin, 1.5.79, nach: SWB, 10.5.79).

Die "Vier grundlegenden Prinzipien" sind offenbar aus Art. 1 und 2 der Verfassung der VRCh von 1978 abgeleitet (siehe C.a., Mai 1978, S.260) und waren ihrem Inhalt nach bereits in Punkt 6 der "Bekanntmachung des Revolutionskomitees der Stadt Peking" vom 29.3.79 (siehe C.a., März 1979, Ü 17) aufgenommen worden; sie tauchten jedoch unter der Bezeichnung "Vier grundlegende Prinzipien" erst Anfang April, also nach der erweiterten Tagung des Zentralkomitees, in zahllosen Artikeln auf. Als politisch-ideologischer Rahmen sollen sie nun massenhaft propagiert und Gegenstand der politischen Erziehung werden (Radio Zhejiang, 6.4.79, nach: SWB, 17.4.79; Jiefang Ribao, 7.4.79, nach: SWB, 11.4.79). Einem Artikel der Zhejiang Ribao vom 23.4.1979 zufolge, der von Radio Zhejiang am selben Tag wiedergegeben wurde, soll in der Provinz Zhejiang sogar eine Kampagne (yundong) zur Erziehung der Bevölkerung im Geiste der "Vier grundlegenden Prinzipien" gestartet worden sein (nach: SWB, 28.4.79).

(20) **Reorganisierung der Administration, strikte Trennung von Partei- und Regierungsorganen**

Dem Bürokratismus und dem aufgeblähten Verwaltungsapparat ist in zahlreichen Artikeln der chinesischen Presse in den letzten Wochen der Kampf